

«Zum Umgang mit den Corona-Schulden»

Es sind nicht geologische Zeiträume, die uns trennen von einer Zeit, da Schulden als unmoralisch galten (NZZ 2. 6. 20). Um Schulden machen zu können, brauchte es Kredite. Kredite zu gewähren, war folglich verpönt und nur jenen erlaubt, die ohnehin schon verpönt waren: den Juden. Das Verhältnis zu den Juden ist noch längst nicht geklärt, aber das Schuldenmachen ist zur Regel geworden. Die Kredite gewähren die Europäische Zentralbank sowie Nationalbanken rund um den Globus. Man gewährt sie in der verwerflichen Gewissheit, dass sie nie mehr beglichen werden können. Man gewährt sie mit dem «Buebetrickli», dass man «Geld schöpft», also die Notenpresse anwirft, immer und immer wieder.

Die pragmatische, volksnahe und demokratische Schweiz hat sich diesem verführerischen Opium bisher widersetzt. Sinnbild dafür war die Schuldenbremse. Doch nun droht dieses Prinzip auch in der Schweiz zu fallen. Selbst Bürgerliche sind bereit, den Pfad der finanziellen Tugend zu verlassen. Wohl mit fatalen Folgen.

Politiker und auch Ökonomen mögen argumentieren, dass die Abtragung der Corona-Milliarden anders gar nicht möglich sei. Die vom Sozialstaat Profitierenden werden ihnen zustimmen. Per saldo wird die Rechnung aber nicht aufgehen: Zu meinen, Corona sei ein absolutes Jahrhundertereignis, ist illusorisch. Wir sind in die Corona-Krise geschlittert mit einer überwältigenden Überlast an Problemen und finanziellen Herausforderungen. Alte sind geblieben, neue werden dazukommen. Die Altersvorsorge, die Klimafrage und Weiteres lassen grüssen. Deren «Preisschilder» sind gigantisch. Die unangenehme Konsequenz heisst: schmerzhafter Strukturwandel oder gesellschaftliches Hinausschwindeln bis zum wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Kollaps, nicht nur national, sondern global.

Rolf Gerber, Zürich

Es ist erstaunlich, um nicht zu sagen: erschreckend, wie leicht, wie schnell und wie bedingungslos der Bundesrat und jetzt das Parlament Milliarden für alle möglichen Industrien, Gewerbe, Selbst- und Unselbständigen, Künstler und Kurzarbeitenden ausgegeben haben. Selbstverständlich ist das gut, richtig und hilft hoffentlich den Menschen und unserer Wirtschaft möglichst bald auf die Beine. Wenn ich aber lese, dass

Derzeit erreicht uns ein Vielfaches der üblichen Anzahl Leserbriefe. Wir bitten um Geduld und Verständnis dafür, dass wir im Augenblick nicht alle Leserbriefe bearbeiten können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein. Vielen Dank.

Redaktion Leserbrief
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

man plant, sich dreissig Jahre Zeit zu lassen, bis ins Jahr 2058, um die Schulden – vielleicht – zurückzuzahlen, dann ist das verantwortungslos. Wie viele Krisen dieser und ähnlicher Art hat die Welt in den letzten zwanzig Jahren gesehen? Zum Glück sind wir bisher meistens verschont geblieben. Aber wenn wir uns so viel Zeit lassen mit dem Schuldenabbau, dann wird die nächste Krise – und die kommt bestimmt vor 2058 – uns in tiefes finanzielles Elend stürzen. Wenn der Bund jedes Jahr im Durchschnitt eine Milliarde Franken vom Geld der Nationalbank und eine Milliarde aus dem ordentlichen Budget für den Schuldenabbau beiseitelegt, dann sind in höchstens zwanzig Jahren diese Schulden getilgt. Sorgfältiges und vorausschauendes Haushalten in der Vergangenheit hat uns ermöglicht, in dieser Krise grosszügig alle möglichen Löcher zu stopfen und Nöte zu lindern. Wenn wir jedoch nicht ernsthaft sparen und Schulden zurückzahlen, wird dies in der nächsten Krise unmöglich sein. Wer trägt dann die politische Verantwortung? Die heutige Parlamentariergeneration sicher nicht mehr. Und darum ist es ihr mit dem Sparen auch nicht wirklich ernst. Lieber hinterlässt sie der nächsten und der übernächsten Generation eine weitere schwere Hypothek neben der Klimafrage, der Altersvorsorge und der Krankenversicherung.

Markus Wettstein, Winterthur

Offensichtlich entwickeln sich auch bei uns die bürgerlichen Parteien im Gleichschritt mit Deutschland, wo ja Frau Merckels CDU schon längst eine Kopie der SPD ist. Ich war bisher der Meinung, bürgerliche Parlamentarier, besonders Mitglieder der FDP-Fraktion, wären etwas intelligenter und wenigstens etwas weniger populistisch als die SP und die Grünen. Doch ist Herr Bourgeois offenbar in erster Linie Bauernsubventionsempfänger und erst nachher, sofern überhaupt, verantwortungsvoller, bürgerlicher Politiker. Schon die auch von Frau Gössi vertretene Idee, die Corona-Milliarden in zwanzig oder dreissig Jahren abzuzahlen, war für mich unfassbar, würde das doch bedeuten, dass mindestens so lange keine Krisen oder Pandemien entstehen, die nach neuen Verschuldungen rufen. Verantwortungsvolle Politik wäre gewesen, mit einer etwas kleineren Kelle anzurichten und nicht immer die Wähler im Blickfeld zu haben. Und nicht immer das Totschlagargument von verlorenen Arbeitsplätzen zu bemühen. Längst nicht alles, was jetzt plötzlich als «systemrelevant» bezeichnet wird, ist wirklich relevant. Vielleicht je nach Standpunkt wünschenswert, aber nicht systemrelevant. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass ich bald der Einzige bin, der vom Geldsegen ausgeschlossen wird.

Raymond Risler, Geroldswil

Warum Bundesschulden? Wenn der Bund ausserhalb des Haushalts unter Notrecht mit der Nationalbank einen Fonds mit eigenem Statut von 250 Milliarden Franken schafft und garantiert – dies bei einem Coupon von –1,5 Prozent – und den Betrieb einer «unabhängigen Expertenkommission» mit lediglich einer internen Rekurskommission überlässt, hat doch alles seine Ordnung. Inflation erwartet allein deshalb niemand, und die vorhandenen politischen Risi-

ken müssen politisch adressiert werden. Nur die Konkordanz im Bund könnte verhindern, dass das Geld in einem allgemeinen Gezerre zur Anschubfinanzierung der Transformation und anderer Sonderwünsche anstatt alleine zur befristeten Schadenregulierung missbraucht würde.

Max P. Schweizer, Steckborn

Es ist wieder wie in den letzten Jahren bei den Bürgerlichen und insbesondere bei der FDP: Liberale Prinzipien gehören «theoretisch» in die Ideologie, gelebt werden sie nicht. Man findet immer einen guten Grund, um Wasser zu predigen und Wein zu trinken.

Massimo S. Lattmann, Klosters

Es fehlt die Unabhängigkeit

Aus dem Interview mit dem Direktor des Bundesamts für Justiz (BJ), Martin Dumermuth (NZZ 30. 5. 20), wird klar, wo der Hund begraben liegt. Dem BJ fehlt die Unabhängigkeit, die Massnahmen des Bundesrats bzw. des Bundesamtes für Gesundheit unabhängig zu beurteilen. Aus den Antworten des Direktors wird ersichtlich, dass bei der Beurteilung auch politische Aspekte berücksichtigt werden. Dies ist nicht richtig. Richtig wäre, die Massnahmen einzig aus rechtlicher Sicht zu würdigen. Das Verhältnismässigkeitsprinzip wurde durch die Covid-19-Verordnung 2 mehrfach missachtet. So lässt sich beispielsweise nicht rechtfertigen, dass Mahnwachen nicht mehr möglich waren. Es muss die Möglichkeit bestehen, dass man sich auch im Rahmen einer ausserordentlichen Lage kritisch mit Anordnungen des Staates auseinandersetzt und seinen Unmut kundtut. Es zeigt sich, dass im Rahmen von Notrecht einzig eine verwaltungsunabhängige Verfassungsgerichtsbarkeit Abhilfe schaffen könnte.

Martin Würmli, Zug, Rechtsanwalt

Christo und die Schweiz

Obwohl der deutsche Markt für die NZZ sehr wichtig ist, hätte es dem Blatt gut angestanden, wenn auch Christos Wirken in der Schweiz gewürdigt worden wäre (NZZ 2. 6. 20). Aber der deutschen Mitarbeiterin mit Wohnsitz in London, die das Leben und Wirken Christos gewürdigt hat, ist wohl entgangen, dass der Künstler seine Karriere 1968 mit dem Verpacken der Berner Kunsthalle gestartet hat. Unvergessen bleiben auch die «Wrapped Trees» des Ehepaars Jeanne-Claude und Christo, als sie 1998 sämtliche 178 Bäume im Park der Fondation Beyeler in Riehen eingepackt hatten. Stattdessen schreibt die Autorin ausführlich über die Verpackung des Deutschen Bundestages, den Widerstand Helmut Kohls dem Projekt gegenüber sowie die Nichteinpackung des Berliner Schlosses. Schade.

Heinz Eckert, Basel

TRIBÜNE

BVG: Stösst die Logik an Grenzen?

Gastkommentar

von PHILIPP EGLI und MARTINA FILIPPO

Sozialversicherungen schützen gegen soziale Risiken wie Alter, Tod und Invalidität, aber nicht gegen regulatorische Risiken. Zu diesen politisch zu verantwortenden Risiken zählt der überhöhte Umwandlungssatz in der zweiten Säule. Er macht Pensionierungen in der obligatorischen beruflichen Vorsorge zum Verlustgeschäft, da das angesparte Altersguthaben nicht ausreicht, um die künftigen Rentenzahlungen zu finanzieren (Pensionierungsverluste). Die gesetzlich garantierte Rente ist angesichts der gestiegenen Lebenserwartung und des derzeitigen Zinsumfeldes zu hoch. Die Anschlussfrage lautet: Wer übernimmt die Verluste?

Assekuranz und Pensionskassen reichen die heisse Kartoffel zunehmend weiter. In der beruflichen Vorsorge ist ein Trend zur Individualisierung mit kosten- und risikogerechter Tarifierung zu beobachten. Auch werden Pensionskassen selektiv bei der Aufnahme neuer Firmen. Das ist in der Logik der zweiten Säule gut nachvollziehbar. Die Schattenseite ist, dass ältere Kollektive benachteiligt werden: Die Alters- und Risikostruktur einer Firma schlägt sich immer stärker auf die betrieblichen Sozialkosten nieder.

Wohl mag die Erhöhung der Sozialkosten für die Betriebe nicht immer gleich spürbar sein. Das hängt davon ab, ob und wie die Kosten in der Firma abgebildet und gedeckt werden. So führt etwa ein internationaler Rechnungslegungsstandard (IFRS, IAS 19) dazu, dass die Pensionierungsverluste in den Bilanzen der Unternehmen auftauchen, was den Druck seitens der CFO er-

Schweizer Unternehmen betrachten ältere Arbeitskräfte im internationalen Vergleich überdurchschnittlich häufig als «Wettbewerbsnachteil».

höhen kann. Eher verschleiert werden die Kosten dagegen, wenn Reserven angezapft, Risikobeiträge zur Querfinanzierung eingesetzt oder beispielsweise überobligatorische Umwandlungssätze gesenkt werden. Diesbezüglich dürfte die Transparenz steigen, wenn die geplante Prämie für Pensionierungsverluste («Renten-umwandlungsgarantieprämie») eingeführt wird. Die Pensionierungsverluste erhalten damit ein Preisschild.

Schweizer Unternehmen betrachten ältere Arbeitskräfte im internationalen Vergleich überdurchschnittlich häufig als «Wettbewerbsnachteil». Die zweite Säule läuft Gefahr, diese Haltung zu verstärken, wenn sie ältere Arbeitskräfte zu «schlechten Risiken» macht und ihre Kosten zunehmend ins Bewusstsein der Arbeitgeber rückt. Ob sich die damit gesetzten Anreize zur Exklusion älterer Arbeitskräfte verwirklichen, steht auf einem anderen Blatt. Arbeitsrechtliche Schranken bestehen allerdings wenige. Die Schweiz kennt, anders als die meisten OECD-Länder, keine Gesetzgebung gegen betriebliche Altersdiskriminierung.

Die Pointe: Das politisch zu verantwortende Risiko der Pensionierungsverluste senkt die Anreize zur Beschäftigung älterer Arbeitskräfte. Das zeigt sich gerade bei Betrieben mit tiefen Löhnen, wo die Kosten nicht verschleiert werden können. Was ist die Lösung? Naheliegender wäre es, den überhöhten Umwandlungssatz zu senken und damit Pensionierungen nicht weiter per Gesetzesbefehl zum Verlustgeschäft zu machen. Sieht man davon ab, liegt der von den Sozialpartnern vorgeschlagene «solidarisch» finanzierte Rentenzuschlag nicht allzu fern. Er läuft zwar darauf hinaus, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben und die Umverteilung noch zu erhöhen. Das ist in der Logik der zweiten Säule leicht zu kritisieren, aber man könnte auch fragen: Stösst die Logik an Grenzen? Bereits 1974 hiess es beim damaligen Schweizerischen Verband für privatwirtschaftliche Personalvorsorge: «Gesamtschweizerische Solidarität billigten wir, wenn sie anstrebt, unterschiedliche Altersstrukturen in den Versicherungseinrichtungen auszugleichen.»

Philipp Egli und Martina Filippo forschen am Zentrum für Sozialrecht der ZHAW School of Management and Law in Winterthur

NZZ DIGITALK

Kultur im Krisenmodus – warum der Kunstmarkt gewinnt und die Künstler verlieren

Die Corona-Krise hat den Kunstmarkt stark getroffen. Künstler gerieten in existenzielle Notlagen. Doch die Krise hat auch neue Formate und Projekte hervorgebracht. Ein Beispiel dafür ist die Kunstinitiative PArt. Von der Corona-Krise betroffene Künstler nutzen die neue Plattform und zeigen in einer kuratierten Ausstellung über 1000 Werke. Die temporäre Plattform bietet somit Künstlern die Option zur Selbsthilfe und Kunstfreunden einen exklusiven Zugang zum Markt. Der NZZ-Digitaltalk beleuchtet die Werke der PArt-Benefiz-Auktion, stellt besondere Positionen vor und zeigt Regeln auf, die Kunstsammler bei Investitionen unbedingt beachten sollten.

📅 Donnerstag, 25. Juni 2020, 18.30 Uhr
📍 Online, Sie erhalten einen Link zugestellt
💰 Kostenlos

Tickets und Informationen
➔ nzz.ch/digitaltalk

NZZ LIVE

ONLINE-
VERANSTALTUNG